Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 61. Donnerstag den 2. März 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen der zwischen dem sogen. alten Rathshofe und dem Roßplatze in Angriff genommenen Erdarbeiten und Straßenherstellungen werden demnächst je nach dem Fortschreiten der Arbeiten die jeweilig in der Ausführung begriffenen Straßentracte für den Fahrverkehr, da nöthig, auch für allen Verkehr zu sperren sein.

Zunächst wird die Strecke entlang des **Obstmarktes** für den **Fahrverkehr gesperrt** und dieser durch die Mühlgasse gewiesen werden.

Die Zeit der Sperrung der einzelnen Tracte kann im Voraus nicht näher bestimmt werden.

Leipzig, am 22. Februar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Nichtamtlicher Theil.

Das Tabaksmonopol.

Fürst Bismarck hat Eile. Die Mittheilung der Tabaksmonopolvorlage an die Mitglieder des preußischen Volkswirthschaftsraths beweist, daß die Angelegenheit jetzt aus dem Stadium der theoretischen Erörterung heraustritt und in sehr handgreifliche Praxis rückt. Noch ist das Tabaksteuergesetz vom Jahre 1879 nicht in volle Wirksamkeit getreten. Man läßt diesem Gesetz, das als eine dauernde Lösung der Tabaksteuerfrage betrachtet wurde, nicht einmal Zeit, seine Wirkung voll zu äußern und sich praktisch zu bewähren. Nein, der Reichskanzler will jetzt mit seinem Lieblingsproject Ernst machen und eine nahe Entscheidung herbeiführen.

Daß die Angelegenheit nunmehr mit größter Hast betrieben werden soll, geht schon aus der Bestimmung des Entwurfs hervor, wonach das Gesetz, so weit es den Tabakbau betrifft, bereits mit dem 1. Januar 1883 in Kraft treten soll. Ob der Reichskanzler der Zustimmung des Bundesraths sicher ist, muß dahingestellt bleiben. Ganz zweifellos scheint und diese Zustimmung bei dem Widerspruch der meisten mittleren Bundesstaaten und der Hansestädte keineswegs. Genehmigt der Bundesrath das Project, so wird wohl die vielbesprochene Frühjahrssession des Reichstags in sicherer Aussicht stehen; dieselbe würde wohl erst im Mai berufen werden können und sich, wenn der ganze dem Volkswirthschaftsrath vorliegende Arbeitsstoff, Tabaksmonopol, Unfallversicherung, Revision der Gewerbeordnung, erledigt werden soll, weit in den Hochsommer hinein erstrecken. Angenehme Aussichten bei der jetzt schon herrschenden Ermüdung! Was der Reichskanzler mit einem überhastig provocirten Votum des Reichstages in der Monopolfrage in weiterer Folgerung bezweckt, ist nicht mit voller Sicherheit zu übersehen. Daß auch er auf eine Majorität für das Monopol nicht rechnet, halten wir für ausgemacht; bei der Ablehnung, die das Project thatsächlich selbst in den Kreisen der Conservativen und noch mehr des Centrums findet, ist wirklich nicht einzusehen, wie man noch mit der Möglichkeit einer monopolfreundlichen Majorität rechnen kann, auch wenn die kirchenpolitischen Dinge einen besseren Verlauf nähmen, als sie es thatsächlich thun.

Wird der Reichskanzler ein ablehnendes Votum des Reichstags ruhig hinnehmen und zu den Acten legen? Oder gedenkt er die Ablehnung zur Reichstagsauflösung zu benutzen? Das sind die Fragen, die sich Jeder aufwirft. Wird die erste Frage bejaht, so ist nicht recht zu begreifen, zu welchem Zweck der leitende Staatsmann eine mit Sicherheit vorauszusehende schwere Niederlage geradezu provociren will. Aber auch die Ablehnung zum Anlaß einer Auflösung zu machen, ist eine Absicht, die sehr befremden müßte.

In der jüngsten Wahlbewegung hat der Regierung und den Conservativen offenbar nichts mehr geschadet als das Monopolproject, trotzdem es mit den schönsten arbeiterfreundlichen Versprechungen schmackhaft gemacht werden sollte. Wie kann man annehmen, daß jetzt eine sich noch ausschließlicher um diese einzige Frage drehende Wahlbewegung ein für den Reichskanzler günstigeres Resultat herbeiführen würde, und daß Fürst Bismarck sich so über die vorherrschende Stimmung im Volke täuschen könnte, um von diesem Schlagwort großartige Erfolge sich zu versprechen?

Wir stehen hier einstweilen noch vor Räthseln. Auf alle Fälle werden unseres Erachtens Krisen aus dieser Frage emporwachsen, denen wir nur mit schweren Besorgnissen entgegensehen können.

Wir knüpfen an diese Betrachtung noch die folgende uns aus Berlin vom Dienstag zugehende Correspondenz:

Die dem Volkswirthschaftsrath zugegangene Vorlage über die Einführung des Tabaksmonopols erregt allenthalben das größte Aufsehen, nicht nur weil man in dem Acte der Einbringung überhaupt ein Anzeichen der Auflösung des Reichstages erblickt, sondern auch um ihres Inhaltes willen, der namentlich irgend welche Berechnung des Erträgnisses nicht zuläßt. Das Gesetz soll nach dem §. 57 im Wesentlichen schon am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten. Daraus geht hervor, daß eine Frühjahrssession des Reichstages unter allen Umständen stattfinden wird. Sonst wäre es schlechthin unmöglich, bis zu jenem Termine das beabsichtigte Reichstabaksamt und die zahlreichen Commissionen, welche das Gesetz in Aussicht nimmt, einzurichten.

Da aber im Reichstage ganz und gar keine Aussicht auf Annahme des Gesetzes vorhanden ist, so kann man nur annehmen, daß die Ablehnung den äußeren Anlaß zur Auflösung der Reichsvertretung abgeben wird. Vom „Patrimonium der Unterdrückten" ist natürlich in dem Entwurf nirgends mehr die Rede. Diese Redensart hat ihre Schuldigkeit gethan — oder nicht gethan und bleibt nun bei Seite. Das Monopol wird auf das Allerstrengste in der Vorlage durchgeführt, sogar irgend welche Genußmittel an Stelle des Tabaks werden verboten; zwanzig Strafparagraphen sichern vor jeder Uebertretung, und alle Beamte, selbst Communalbeamte, werden ausdrücklich verpflichtet, zum Schutze des Monopols mitzuwirken und jede Uebertretung sofort zu denunciren. Der ganze Bau, der Handel und die Fabrikation des Tabaks werden verstaatlicht, und überall behält der Reichskanzler die oberste Entscheidung.

Zwar setzt das Gesetz wenigstens für eine Reihe Sorten Tabake die späteren Verkaufspreise fest, allein es liegt auf der Hand, daß die jetzt aus naheliegenden Gründen sehr niedrig gegriffenen Preise sofort geändert werden, wenn sich die Unergiebigkeit des Monopols herausstellt. Wie hoch sich die Entschädigungen belaufen werden, ist noch nicht abzusehen; von einer Uebernahme der Fabriken ist nicht die Rede; nur Werkzeuge und Bestände werden übernommen; für den Minderwerth der Gebäude soll indessen entschädigt werden. Aber nirgends tritt die volle Entschädigung ein, das Maximum besteht in dem fünffachen Jahresgewinn, also einem Viertel des vollen Verlustes. Die Arbeiter, soweit sie technisch gebildet sind, das 20. Lebensjahr vollendet haben und wenigstens 10 Jahre im Betrieb sind, sollen den fünffachen Jahresverdienst erhalten; sind sie kürzere Zeit im Betrieb, so den 2½fachen. Aber Voraussetzung ist, daß sie nicht eine Stelle im Monopoldienste angeboten erhalten. Geschieht Dieses und sie lehnen die Stelle ab, so erhalten sie gar keine Entschädigung. Dasselbe gilt von den Händlern. Der Verschleiß wird von den Behörden „zuverlässigen Personen" nach freiem Ermessen übergeben. Die Verschleißer erhalten 10—12 Proc. Rabatt!

Welchen ungeheuren Einfluß durch das Monopol, ganz abgesehen von allen anderen Bedenken finanzieller und volkswirthschaftlicher Natur, die Regierung und im Besonderen der Reichskanzler erhalten würde, liegt auf der Hand. Eine halbe Million Menschen würde direct von ihm, der auch die Ankaufspreise des Rohtabaks allein festsetzt und ebenso die Löhne zu bestimmen hätte, abhängig; daß der deutsche Reichstag einen Schritt von solcher Tragweite machen sollte, ist gar nicht zu erwarten. Es wird daher nichts Anderes übrig bleiben, als daß sich die Nation auf Neuwahlen gefaßt macht.

Leipzig, 2. März 1882.

Fürst Bismarck wußte schon, da er in Petersburg das damals weit minder mächtige Preußen als Gesandter vertrat, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit die Würde seines Vaterlandes entschieden und erfolgreich zu vertreten. Man kann also überzeugt sein, daß, wenn er den frechen Herausforderungen Skobeleff's gegenüber Stillschweigen beobachtet haben sollte, er darum dem russischen Uebermuth mit nichten etwas nachgeben wollte. Er war der Meinung, daß man keine Feder ansetzen, kein Wort verlieren solle wegen des russischen Generals, der, so zu sagen, den Bart seines Kaisers zu zupfen wagte. Er wollte damit erreichen, daß Rußland genöthigt werde, um seiner selbst wegen die Disciplin in seinem Heere wieder herzustellen. Die öffentliche Stimmung Deutschlands und Oesterreichs verlangt indessen ziemlich allgemein nachdrückliche Vorstellungen und Verwahrung gegen die russische Regierung. In diesem Sinne soll sich auch die österreichische Regierung ausgesprochen haben. Indessen benachrichtigt von der Auffassung des deutschen Reichskanzlers, trug sie kein Bedenken, sich derselben anzuschließen. Durch die Zurückberufung Skobeleff's sind dessen Reden aufs Entschiedenste verleugnet. Wie gefährlich solche Aeußerungen sind, geht daraus hervor, daß ein Moskauer Blatt, welches im Ganzen sich freihält von Feindschaft gegen das gebildete Europa, der „Moskauer Telegraph", sich dahin äußert, Skobeleff habe nur Das ausgesprochen, was Millionen Russen schweigend denken. Sehr verbreitet ist nicht blos in Berlin, sondern auch in Petersburg die Meinung, daß Ignatieff um die Absichten Skobeleff's gewußt und gewünscht habe, daß Skobeleff in Frankreich Stimmung mache für ein Bündniß mit Rußland. Wer weiß, was geschehen wäre, wenn Gambetta noch Minister gewesen und nicht das Ministerium Gambetta ersetzt gewesen wäre durch ein anderes, welches nicht auf Abenteuer ausgeht! In Berlin befestigt sich immer mehr die Meinung, daß auf ein dauerndes gutes Einvernehmen mit Rußland nur dann zu rechnen sei, wenn Ignatieff nicht mehr der leitende Staatsmann in Rußland ist.

In Stettin hat am Sonnabend Mittag eine Versammlung von liberalen Vertrauensmännern aus allen Theilen der Provinz Pommern stattgefunden und die Gründung eines Centralvereins der Liberalen für die Provinz Pommern beschlossen, welcher den Zweck hat, für die Verbreitung liberaler Grundsätze durch Wort und Schrift einzutreten und die Wahl liberaler Abgeordneter in den einzelnen Wahlkreisen der Provinz zu fördern. Es ist zugleich ein aus 25 Mitgliedern bestehender Vorstand des Centralvereins gewählt worden, dem aus Stettin die Vorstandsmitglieder der drei dortigen liberalen Vereine (des Vereins der Fortschritts-, der nationalliberalen Partei, sowie des der liberalen Vereinigung), sowie Vertreter aller Theile der Provinz und aller liberalen Richtungen angehören.

In parlamentarischen Kreisen ist man vielfach auf die Stellung des Abg. v. Bennigsen zu dem Antrage der Fortschrittspartei, betreffend den Welfenfonds, gespannt. Man nimmt an, daß derselbe auch heute noch folgende Auslassung theile, welche der „Hann. Cour." vor einigen Jahren machte: „Etwas ganz Anderes, als die bedingungslose Aufhebung des Sequesters wäre die Beseitigung des den Zinsen des Vermögens Königs Georg beigelegten Charakters eines geheimen Fonds. Eine besondere, über die gewöhnliche Thätigkeit der Behörden hinausgehende „Abwehr welfischer Umtriebe" halten auch wir nicht mehr für nothwendig; auch wir glauben deshalb, daß alle constitutionell gesinnten Parteien des Abgeordnetenhauses sich zu einem Antrag auf Einführung der Rechnungslegung über den sogen. Welfenfonds, resp. auf anderweitige Verwendung der Erträge desselben vereinigen sollten."

In Trautenau (Böhmen) fand am 26. Febr. ein großer Gewerbetag statt, der aus allen Theilen des Riesengebirges von mehr als 1000 Gewerbetreibenden besucht war. Redacteur Lindemeyer erörterte die Gewerbefrage. Herr Kopper Sohn besprach die dermaligen Zollverhältnisse. Sodann wurden die vom vorbereitenden Comité vorgelegten Statuten, in welchen sich unter Anderm auch die Bestimmung findet, daß die Geschäftssprache des zu bildenden Vereins die deutsche ist, zur Verlesung gebracht. Ein Gewerbemann verlangte, daß auch die böhmische Sprache als Geschäftssprache Geltung haben möge, welcher Antrag später wieder zurückgenommen wurde. Die Statuten wurden angenommen. Die von Reichsraths-Abgeordneten, Gewerbevereinen und anderen Freunden des Gewerbestandes eingelaufenen Zuschriften und Telegramme wurden unter lebhafter Zustimmung der Versammlung zur Verlesung gebracht. Nach Verlesung der Telegramme ergriff Reichsraths-Abgeordneter v. Schönerer das Wort zu einer sämmtliche Forderungen der Gewerbetreibenden eingehend besprechenden Rede. Er sagte unter Anderm, die Forderungen der Gewerbetreibenden seien keine politische Reaction, sondern blos der Weg schöpferischer Neugestaltung. Der Staat aber müsse die Versöhnung des Capitals mit der Arbeit anstreben; dies sei die einzige natürliche Lösung der gewerblichen Frage. Auf die Steuerfrage übergehend, sagte der Redner, man müsse nicht blos die Einführung einer Börsensteuer, sondern auch die Beschränkung des Börsenspiels überhaupt anstreben. Vom Parlamente sprechend, sagte der Redner: Auf der linken Seite des Hauses sage man: Spare und arbeite; auf der rechten: Bete und arbeite; ich aber sage: Spare, arbeite und bete. Er begrüßt die Bewegung, welche sich nun auch ins Riesengebirge verpflanzt habe, mit Freuden und spricht die Ueberzeugung aus, daß die heutige Versammlung Erfolg haben werde und die Deutschen in Trautenau es gewiß nicht verachten, auch von der jetzigen Regierung ein gutes Gesetz zu erhalten. In politischen Fragen möge Jeder seiner Richtung folgen; in wirthschaftlichen Fragen aber soll die Nationalität außer Spiel bleiben, da tauge das Club- und Cliquenwesen nichts. Stürmischer Beifall folgte der Rede. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche sich an die Resolution des allgemeinen österreichischen Gewerbetages schließt und sich weiter für die Uebertragung der Bismarck'schen Wohlfahrtspolitik auf Oesterreich und die Erhaltung der achtjährigen Schulpflicht ausspricht. Regierung und Parlament werden aufgefordert, die Wünsche der Gewerbetreibenden zu berücksichtigen, und wird diese Aufforderung zumal an die Abgeordneten Hallwich und Roser als Vertreter der Trautenauer Wahlbezirke gerichtet.

Sämmtliche slowenischen Journale Krains veröffentlichen einen Aufruf „An die Nation" zur Unterzeichnung von Petitionen an das Abgeordnetenhaus, welches ersucht werden soll, die Auflösung des deutsch amtirenden Oberlandesgerichts in Graz und dafür ein slowenisches in Laibach zu erwirken. — Ein anderer Aufruf wendet sich an alle Schullehrer Krains, welche es „wagen", Privatunterricht in der deutschen Sprache zu ertheilen. „Solche Verräther an der nationalen Sache", heißt es, „müßten angesichts der ganzen Nation öffentlich gekennzeichnet werden". — Wie aus Laak geschrieben wird, ist die Verfolgung gegen Alles was Deutsch dergestalt in Zunahme begriffen, daß mehrere deutsche Familien im Laaker Bezirke sich bereits entschlossen, im kommenden Frühlinge auszuwandern.

Die „Moskowskija Wjedomosti" bringen bezüglich der in Lemberg verhafteten Ruthenen einen heftigen Artikel gegen Oesterreich und die galizischen Polen. Das russische Blatt sagt unter Anderm: „Der Langmuth Rußlands bezüglich der Mißhandlung seiner nationalen Religionsgenossen im Auslande zähle nunmehr nach Tagen. Die Bestrafung der Schuldigen werde eine exemplarische sein."

Die 18. österreichische Division meldet vom 27. v. M. Abends: „Um den vor den Truppen der Expedition gegen die Zagorje und Ulok zersprengten und combinirten Angriffen ausweichenden Insurgenten in zweiter Linie entgegenzutreten, wurden von Novesinje und Avtovac Truppenverschiebungen angeordnet. Eine Compagnie des 26. Jägerbataillons in Jugovic, nordwestlich Packos, trat am 25. d. M. Abends in scharfe Fühlung mit ungefähr 150 Insurgenten südlich von Kokorina. Am 26. d. früh griff die Compagnie die von den Insurgenten vertheidigten Höhen an und besetzte dieselben mit einem Verlust von einem Todten und zwei Verwundeten. — Das General-Commando in Serajewo meldet vom 27. Februar: Laut Meldung des General Leddihn aus Kalinovic vom 26. d. ist die Verbindung mit dem Obersten Haas hergestellt. Derselbe traf am Abend in Hotevlje ein. Die Zagorje ist von den Einwohnern meist verlassen. Der Knez der Zagorje kehrte zurück und unterwarf sich mit der Betheuerung, daß er von den Aufständischen gewaltsam fortgeführt worden sei. Derselbe giebt an, daß die Insurgenten sich in das obere Narenta-Thal zurückgezogen hätten. Der optische Telegraph zwischen Trnova und Kalinovic ist durch einen elektrischen ersetzt. — General Obadich meldet aus Foca, daß schon jetzt in den durch die Insurgenten heimgesuchten Orten Noth herrsche, so daß die Bezirksbehörde an die zu Hause gebliebenen gutgesinnten Einwohner Lebensmittel vertheilen mußte."

Dem officiösen Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gegenüber hält der Wiener Correspondent der „N. Z." seine aus vorzüglicher Quelle geschöpfte Mittheilung von freundschaftlichen Schritten des deutschen Kaiserhofes beim Zaren wegen der Reden Skobeleff's bis zu einem amtlichen Dementi des „Reichs-Anzeiger" aufrecht.

Die Skobeleff-Affaire scheint in Petersburg zu keiner Ruhe kommen zu wollen. Skobeleff hat übrigens nichts Neues erzählt. Das Gefährliche an der so viel Staub aufwirbelnden Geschichte ist nur der Umstand, daß die panslavistische Partei augenblicklich die tonangebende in Rußland ist. Bezeichnenderweise schweigen die Moskauer panslavistischen Blätter bis jetzt gänzlich über Skobeleff's letzte oratorische Leistung; sie haben auch wahrlich nichts hinzuzufügen. Was sie sagen könnten, weiß man in Rußland längst, was aber einigermaßen überrascht, das sind die Auslassungen einiger liberalen Blätter, welche, wie z. B. „Strana" und „Moskauer Telegraph", ganz offen bekennen, daß Skobeleff's Rede, was das Deutschthum anlange, viel Wahres enthalte und daß es über kurz oder lang zu einem Kriege mit dem Pangermanismus kommen müsse. Als dächte im deutschen Reiche auch nur eine Seele daran, die Dänen, Norweger ꝛc. mit den Deutschen unter einen pangermanischen Hut zu bringen! Der „Moskauer Telegraph", ein sonst gemäßigtes liberales Blatt, sagt sogar rund heraus: „In Skobeleff's Rede befindet sich nichts Wunderbares und nichts Tadelnswerthes, der General hat nur das ausgesprochen, was Millionen von Russen schweigend denken." Hierin liegt die Gefahr; man hat es zwar im Grunde genommen nur mit einer fixen Idee zu thun, aber diese fixe Idee (daß Deutschland Rußland bedroht) hat sich so fest in den russischen Köpfen eingewurzelt, daß sie bei zwei Dritteln der Nation schon zur Ueberzeugung geworden ist. Und deshalb muß Deutschland eben an der Weichsel dieselbe scharfe Wacht halten wie am Rhein. (Siehe oben d. R.)

Wie aus Salonichi geschrieben wird, finden in der jüngsten Zeit im nördlichen Macedonien fortgesetzte Verhaftungen angeblicher bulgarischer Verschwörer statt. In Weleſe wurden acht, in Skoplje zwölf, in Kumanowo zehn, in Ghilan sechs bulgarische Notable verhaftet und in Ketten nach Prischtina geführt. Die 36 Verhafteten sollen durchweg wohlhabende Leute sein und die türkischen Behörden beeilen sich, deren Hab und Gut ohne Weiteres zu confisciren.

Ueber die Unruhen in Yemen geben dem „Pester Lloyd" Nachrichten aus Konstantinopel zu, denen zufolge der Umstand, daß man hinter dem Widerstande der Araber fremde Einflüsse vermuthet, einigermaßen beunruhigt. Unter den türkischen Politikern giebt es Leute, die es sich nicht ausreden lassen wollen, daß die Araber von englischer Seite aufgestachelt worden seien. Sie finden einen Beweis für ihre Behauptung in dem Umstande, daß die Insurgenten den Scheich Sherif-Eddin zum rechtmäßigen Khalifen ausgerufen haben, daß sie sich also ihr Oberhaupt aus Indien holen.

Ueber den Stand der egyptischen Frage berichtet man der „N. Fr. P.", daß im Augenblicke keine Verhandlungen zwischen den Westmächten und Ostmächten stattfinden, indem Frankreich und England eine Antwort auf ihre identischen Noten erwarten, welche den Höfen von Wien, Rom, Berlin und Petersburg übermittelt worden sind. In diesen identischen Noten, worin, wie von Rom bestätigt wird, von den drei eingenannten Vorbehalten betreffs der türkischen Nichtintervention, der Suez-Canal-Schiffahrt und der westmächtlichen Finanzcontrole nichts zu finden ist, erklären Frankreich und England, daß für den Moment kein Grund für eine Intervention in Egypten vorliege. Für den Fall jedoch, als eine solche Intervention sich als nothwendig erweisen sollte, fragen die Westmächte bei den übrigen Congreßmächten an, ob letztere geneigt wären, über diese Frage in gemeinsame Berathung zu treten. Zwischen den Ostmächten besteht bis jetzt noch Einigung; ihre Antworten werden, wie sich bestätigt, nicht in Form identischer Noten, sondern vom Standpuncte einer jeden der vier Mächte aus erfolgen. In der türkischen Interventions-Frage dürfte Frankreich schwerlich mit sich reden lassen, während weder Deutschland noch Oesterreich-Ungarn dieser Idee abhold sein sollen. Italien wieder soll einer französisch-englischen Intervention in Egypten nicht abgeneigt sein.

Im italienischen Parlamente kam es wiederholt zu spitzen Erörterungen zwischen dem Kriegsminister und den Abgeordneten, weil letztere dem ersteren größere Summen aufdringen wollten als dieser verlangte. Jetzt hat sich das Blatt gewendet; General Ferrero droht mit seiner Demission, weil die Budget-Commission an seinen Vorschlägen auf Vermehrung der Artillerie und Cavallerie größere Abstriche vorgenommen, als er für zulässig ansieht.

Mit 300 gegen 167 Stimmen hat am Montag das englische Unterhaus den Antrag Gladstone's angenommen, wonach zunächst unter Beiseitesetzung aller übrigen Gegenstände der Tagesordnung die Debatte über die von ihm angekündigte Resolution gegen die vom Oberhause beschlossene parlamentarische Untersuchung bezüglich der Wirkung des irischen Landgesetzes zu beginnen habe. Das ist eine so starke Majorität, daß schon jetzt ein Schluß darauf zulässig erscheint, wer in dem ausgebrochenen Conflict zwischen dem Oberhause auf der einen und dem Cabinet und dem Unterhause auf der andern Seite Sieger bleiben werde. „In den kritischsten und aufregendsten Perioden der englischen Geschichte", schreibt die „Times", „hat es sich stets gezeigt und in der Praxis bewährt, daß, sobald die verantwortliche Regierung des Tages eine bestimmte Form der Opposition für unverträglich mit der Erfüllung ihrer Pflichten gegen den Staat erklärt, jeder gute Bürger ohne Rücksicht auf Parteistellung von seiner Opposition absteht. Es ziemt sich für das Haus der Lords keineswegs, diese alte und nicht außer Acht zu lassende Tradition zu durchbrechen, um dem Irrlichte eingebildeter Würde oder Unabhängigkeit zu folgen". Die „Times" hofft demnach mit Bestimmtheit, daß das Oberhaus, wie wenig es auch die Personen der gegenwärtigen Regierung bewundern möge, schließlich doch nachgeben werde. Heute sind denn auch die von einigen englischen conservativen Blättern mit Vorliebe colportirten Gerüchte von der Absicht Gladstone's, seine Entlassung zu nehmen, bereits verstummt und die Nachricht von einer Auflösung des Parlaments wird als mindestens verfrüht bezeichnet. Man darf annehmen, daß Gladstone seine Sache bereits halb gewonnen hat. Sofort nach dem ersten Votum beantragte er die eben bezeichnete Resolution; er erklärte, die Landacte sei die Basis der socialen Ordnung in Irland, die Regierung setze auf dieselbe die Hoffnung auf eine Pacificirung Irlands und werde sich deshalb auch nicht für eine Stunde zur Theilnahmerin an einem Vorgehen machen, durch welches diese Hoffnung wesentlich beeinträchtigt werden könne. Gibson bezweifelte die Nothwendigkeit des Antrags; die vom Premier angeregte Discussion sei nur geeignet, die Verwirrung zu verschlimmern. Zugleich beantragte Gibson, zur Tagesordnung überzugehen. Nach langer Debatte, die bis 12½ Uhr Nachts dauerte, wurde die weitere Berathung des Gladstone'schen Antrags auf nächsten Donnerstag vertagt.

Eins muß man den Yankees lassen: sie haben oft einen teuflischen Humor; und auch Präsident Arthur ist ein Yankee. Daß er Roscoe Conkling zum Richter am obersten Gerichtshofe machte, ist wieder so ein Yankeestückchen. Herr Arthur scheint mit klingendem Spiele zu den „Corruptionisten" abschwenken zu wollen, und dazu ist die Ernennung seines alten Freundes Conkling allerdings der unzweideutigste Schritt. Oder sollte er der Ansicht sein, daß zu hohen Richterstellen sich solche Leute am besten eignen, welche das Getriebe der Spitzbuben aus — sagen wir: eigner Erfahrung durch und durch kennen? Glücklicherweise hat die Ermordung Garfield's wenigstens das Gute gehabt, daß man im Lande Herrn Arthur scharf auf seine Stahlwarthinger paßt. In der letzten Sitzung des Senats, in welcher Verwaltungsangelegenheiten erledigt wurden, erhob Senator Hoar Einspruch gegen die sofortige Berathung der Ernennung Conklings, die er sehr scharf tadelte. Infolge dessen wurde diese an den Justizausschuß des Senates gewiesen. — Die Ernennung des Herrn Sargent zum Gesandten in Berlin wurde dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Preußischer Landtag.

• Berlin, 28. Februar. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute mit dem Etat. Bei dem noch restirenden Theil des Special-Etats des Ministeriums des Innern wollte Abg. v. Ennern im Namen der nationalliberalen Partei auf die Sonnabend-Debatte über die Wahl-Agitation eingehen. Der Präsident v. Köller bemerkte ihm jedoch, daß es nicht